

Bericht über die Lage in Budapest

Auf Beschluß des Sekretariates der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen des öffentlichen Dienstes und verwandter Berufe nahm ich am 3. Kongreß der Gewerkschaft der Staatsangestellten Ungarns am 19./20. Oktober 1956 in Budapest teil. Meine auf Mittwoch, den 24.10. festgesetzte Rückreise wurde durch die Unruhen auf den 30.10. verschoben.

Einschätzung der Lage

Vom Beginn an ist ersichtlich, daß keine klare Führung durch die Partei oder den Zentralrat der Gewerkschaften vorhanden war. Die neugebildete Regierung Imre Nagy konnte durch mehrfache Beruhigungsversuche und Versprechungen keine Beruhigung der sehr stark erregten Bevölkerung erreichen. Der vielfache Wechsel in der Regierung und in der Parteileitung, der in den Tagen bis zum 30. Oktober durch den Rundfunk bekanntgegeben wurde, zeugt von der Unsicherheit in den leitenden Organen und untergrub immer mehr das Vertrauen der auf den Straßen befindlichen Menschen. Die Leitung der Gewerkschaft der Staatsangestellten wurde bis zum 29.10. nicht einmal durch die Partei über die Situation informiert. Es wurden keine klaren Parolen herausgegeben und die Parteimitglieder erhielten keine Direktiven.

Die Arbeiter sind zweifellos für eine weitere Entwicklung zum Sozialismus, wie ich bei verschiedenen Gesprächen feststellen konnte, und sind auch bei klarer straffer Führung bereit, dafür zu kämpfen. Diese Führung ist aber nicht vorhanden.

Auf der Gegenseite ist nach der starken Konzentration sowjetischer Truppen in Budapest anscheinend das Hauptgewicht der Aktionen nach West-Ungarn verlagert worden. Die Entwicklung der letzten Tage zeigt einen zielbewußten Ausbau der errungenen Positionen durch die Reaktionäre.

Um zu einer erfolgreichen Verteidigung der bisher erreichten Positionen auf dem Wege zum Sozialismus zu kommen, ist meiner

Meinung nach eine starke ideologische Führung in und durch die Partei notwendig, was ohne starke ideologische Hilfe kaum möglich sein wird.

Die Ursachen der Unruhen

Auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Staatsangestellten kam eine außerordentliche starke Unzufriedenheit mit der ökonomischen Entwicklung zum Ausdruck. Von ca. 400 Teilnehmern lagen über 120 Wortmeldungen vor. Ca. 60 Redner kamen zur Sprache. Fast alle lasen vom Manuskript ab, kritisierten aber außerordentlich stark die niedrigen Löhne, denen sehr hohe Preise gegenüberstanden. Wenn die Regierung keine bessere Lohnpolitik treibe, würde sie das Vertrauen der Arbeiter verlieren. Die Gewerkschaften müßten sich mehr der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder widmen.

Gefordert wurden besonders:

- Verkürzung der Arbeitszeit,
- Verlängerung der Kündigungsfrist, die zur Zeit 14 Tage beträgt,
- ein Mindestlohn von 650 Forint (ca. 130,— DM),
- Verbesserung der Rentenversorgung (jetzt 400 bis 2.800 Forint monatlich),
- Schaffung einer Besoldungsordnung für die Staatsangestellten mit Aufstiegsmöglichkeiten,
- Erhöhung des Kinderzuschlages,
- Beschäftigung von Frauen auf solchen Plätzen, die für 4 bis 6 Stunden Arbeitszeit vorgesehen seien.

Die Fluktuation unter den Staatsangestellten soll 50 % betragen. Intelligenzler und Wissenschaftler verdienen vielfach weniger als die Arbeiter in der Produktion.

Richter und Staatsanwälte, die in der Diskussion zu Wort kamen, forderten Verantwortlichkeit des Richters nur dem Gesetz gegenüber. Sie behaupteten, fertige Urteile von staatlichen Leitungen bekommen zu haben, die sie nur zu verkünden brauchten.

Der Finanzminister, der neben zwei anderen Ministern im Präsidium der Konferenz saß, unterbrach vielfach die Redner mit der Frage, woher er das Geld nehmen solle, um ihre Wünsche zu befriedigen.

Darauf gab es jedesmal Entrüstungstürme.

Der für die Gewerkschaftsarbeit in der kommunalen Stadtverwaltung Verantwortliche, so eine Art BGL-Vorsitzender ohne BGL (er ist von der Gewerkschaft eingesetzt) sagt: "Ihr wißt, daß wir wenig verdienen, warum müßt Ihr immer erst Untersuchungskommissionen bilden. Das ist doch nur Ablenkung, Ihr lenkt das Geld falsch. Uniformierte können 3 Monate ins Spital und erhalten volles Gehalt, unsere Kollegen nur 14 Tage. In die Kaderberichte muß dem Betreffenden Einblick gewährt werden, das geschieht aber nicht. Es gibt kein Vertrauen zur Regierung und kein Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitungen."

Er erhielt den stärksten Beifall.

Die Geschäftsordnung dieser Konferenz wurde sehr lässig gehandhabt. Begründung: Man muß die Kollegen reden lassen, damit sie sich beruhigen. Die Redezeit wurde im Verlauf des ersten Tages auf 10 Minuten festgesetzt. Aber fast jeder Redner verlangte, daß der Kongreß befragt wird, ob er weiterprechen darf und fast jeder Redner erhielt durch Abstimmung die Erlaubnis dazu.

Diese schwankende Haltung der Leitung kam auch in den Tagen des Aufstandes immer wieder zum Ausdruck und unterbindet natürlich das Vertrauen zur Führung.

Bei der Wahl der Leitungen gab es keinen Beifall. Losungen und Transparente waren im Versammlungsraum, dem schönen Sitzungssaal des Stadthauses, nicht angebracht.

Bei der Auswertung dieser Konferenz wurde mir von den beiden neugewählten Präsidenten der Gewerkschaft in bezug auf die Versammlungsdisziplin gesagt: "Wir durften doch bisher nichts sagen, Jetzt können wir endlich offen reden, deshalb mußte man den Diskussionsrednern möglichste Freiheit gewähren." Die sah dann so aus, daß z.B. einem Minister vorgehalten wurde, daß er drei Personenkraftwagen zur Verfügung habe, warum er zweimal in der Woche bei Gundel (bestes Speiselokal Budapests) speise usw. Auf dem Kongreß wurde nur von zwei Gästen zur internationalen Gewerkschaftssituation gesprochen. Alle übrigen Redner beschäftigten sich nur mit den Fragen der Lebenshaltung.

In einer Aussprache mit den Vorsitzenden und Leitungsmitgliedern

der Gewerkschaft der Staatsangestellten,
der Gewerkschaft der Ärzte und der
Arbeiter des Gesundheitswesens,
der Gewerkschaft der örtlichen Industrie
und Stadtwirtschaft und
der Postgewerkschaft

schätzten die Kollegen die Lage so ein, daß es notwendig sei, die Mitglieder so offen wie möglich reden zu lassen und dann könne man nach und nach Verbesserungen durchführen. Ich hatte aber den Eindruck, daß die Antworten auf die Fragen der Kollegen und auf ihre Beschwerden unklar waren.

Als ich darum bat, mir zu ermöglichen, mit einigen Gewerkschaftskollgen an ihrem Arbeitsplatz zu sprechen, gab es große Verwunderung. Sie hielten es für richtiger, wenn ich mir ihre Erholungs- und Ferienheime ansehe. Ein Besuch bei Kollegen in der Stadtverwaltung in der Abteilung Wirtschaft und der Abteilung Arbeit ergab, daß diese Kollegen äußerst niedrige Gehälter haben. Ein Ingenieur in der

Abteilung Wirtschaft hat ein Gehalt von 1400 Forint (ca. DM 280,--), eine Stenotypistin 600 Forint (DM 120,--). Ähnliche Angaben wurden mir am Dienstag, dem 23., in den Verwaltungen in Vac und Visegrad gemacht. Die Kollegen erklärten -und das ergab sich auch aus Gesprächen mit den Leitungen-, dass sie nie den Besuch leitender Gewerkschaftsfunktionäre am Arbeitsplatz hätten. Es gibt zwar gewählte Vertrauensleute, aber von der Arbeit freigestellte Gewerkschaftsfunktionäre sind von den höheren Leitungen eingesetzt.

Allenthalben gab es grosse Mißstimmung über die ungenügende Entlohnung. Einige Kollegen sagten, dass sie bis vor ungefähr 4 bis 5 Jahren eine Vorwärtsentwicklung, seitdem aber einen Stillstand in der ökonomischen Entwicklung hätten.

Diese außerordentlich große Unzufriedenheit und das geringe Vertrauen zu den Leitungen sind eine der wesentlichen Ursachen für die Entwicklung der letzten Tage.

Die Unruhen in Budapest

Ab Dienstag, dem 23.10., mittags fanden Demonstrationen von Studenten und Jugendlichen auf Lastwagen und Motorrädern mit großen grün-weiß-roten Fahnen statt. Am Abend sammelten sich ca. 20. bis 30.000 Menschen am Stalin-Denkmal, das mit Hilfe eines Traktors umgerissen wurde. Dabei wurden aber auch die Fresken neben dem Denkmal, die Verbrüderungsszenen der Sowjettruppen mit dem ungarischen Volk anlässlich der Befreiung darstellten, schwerstens, teilweise mit Hammer und Meißel, beschädigt.

Die beiden neugewählten Vorsitzenden der Gewerkschaft der Staatsangestellten, die Genossen Huber und Dr. Jokai, waren der Meinung, daß damit wohl ein Ventil geöffnet sei. Das sei auch Auffassung des Zentralrates der Gewerkschaften, der gemeinsam mit den Vorsitzenden der einzelnen IG am Abend um 21.00 Uhr tagte. Um 24.00 Uhr war ich mit den Genossen am Stalin-Denkmal, wo immer noch viele Hundert Menschen waren, und machte sie darauf aufmerksam, daß doch die Zerstörung der Fresken und die Forderung: Raus mit den Russen, auf eine äußerst gefährvolle Entwicklung schließen lasse. Die Zerstörung dieses

Denkmals könne doch unmöglich die Freundschaft mit der Sowjetunion festigen. Sie waren der Meinung, dass keine Gefahr drohe und daß am nächsten Tage sicher wieder Ruhe herrsche.

Am Mittwoch, dem 24., früh 8.00 Uhr, wurde mir von der Gewerkschaft telefonisch mitgeteilt, daß meine vorgesehene Abreise nicht möglich wäre, da in der Stadt Unruhe sei und geschossen würde. Der Zug würde wahrscheinlich nicht fahren. Am Mittag rückten sowjetische Panzertruppen in die Stadt. MG- und Kanonenfeuer wurden immer stärker. Nachmittags fand eine Demonstration von ungefähr 100.000 Menschen am Parlamentsgebäude statt, angeblich von der Regierung und der Partei organisiert. Hier kam es zu Schießereien von seiten der Staatssicherheitstruppen, die das Parlamentsgebäude schützten, auf die Demonstranten. Da am Tage zuvor bei dem Schutz des Rundfunkhauses gegen Eindringlinge ebenfalls der Staatssicherheitsdienst angeblich zuerst geschossen habe, wurde die Auflösung dieser Truppe von der Bevölkerung gefordert und sie als die Alleinschuldigen bezeichnet. Diese Meinung war außerordentlich stark verbreitet und wurde geschickt durch Verlautbarungen des Rundfunks geschürt.

Am Donnerstag, 25.10., war verhältnismäßige Ruhe in der Stadt, trotzdem Tausende von Menschen auf den Straßen waren. Ab 11.00 Uhr ununterbrochenes Feuer in der Stadt. Ich selbst sah, wie ein Lastwagen mit Gewehren und Maschinenpistolen an einer Straßenecke hielt und die Waffen an jeden, der danach beehrte, verteilt wurden. Einige Straßenbahnlinien hatten am Donnerstag ihren Betrieb aufgenommen. Er wurde im Laufe des Tages eingestellt. Die Strom-, Gas- und Wasserversorgung funktionierte während der ganzen Tage. In Gesprächen kam immer wieder zum Ausdruck, dass die Menschen auf der Strasse für eine sozialistische Entwicklung, für die Freundschaft mit der Sowjetunion waren, dass man aber den sowjetischen Truppen kein Recht zugestehen könne, sich noch in Ungarn aufzuhalten. Es wurde auch gesagt, daß die großen Uran-Vorkommen Ungarns restlos in die Sowjetunion geliefert würden, für eine völlig ungenügende Bezahlung.

In den grün-weiß-roten Fahnen, die aus vielen Häusern wehten, war das Wappen herausgeschnitten und herausgerissen. Angeblich habe die Regierung

im Rundfunk dazu aufgerufen. Das Ausgehverbot wurde völlig mißachtet, die Straßen waren immer voller Menschen, dadurch ist wahrscheinlich auch die außerordentlich hohe Zahl der Opfer zu erklären.

Die Genossen der Gewerkschaft, mit denen ich täglich telefonische Verbindung hatte, sagten, es sei alles sehr kompliziert, man wisse nicht wer gegen wen kämpfe, ihre Informationen erhielten sie auch nur durch den Rundfunk resp. durch die herausgegebenen Flugblätter und Zeitungen, sie bekämen keine direkten Informationen durch die Partei, auch nicht durch den Zentralrat. Der Dr. Jokai erklärte auf meine Frage, wie denn seine Parteiverbindung überhaupt sei, daß er vor ungefähr 5 - 6 Monaten letztmalig an einer Parteisitzung teilgenommen habe. Die große Zuspitzung sei besonders verursacht durch das Auftreten von Gerö, der in einer Rede vor den Demonstranten und durch den Rundfunk alle Demonstranten als faschistische Agenten bezeichnet habe.

Als ich erfuhr, dass das Zentralkomitee resp. Politbüro völlig durch neue Genossen besetzt sei und darauf hinwies, daß das doch auf eine innere Revolution in der Partei hindeute, wurde mir gesagt, man hätte neue Menschen nach vorn geschoben, um den Zorn der Massen zu beschwichtigen, auch die Bildung des 6-Männer-Kollegiums sei so aufzufassen. Auf meine Frage, ob denn überhaupt noch ein Kommunist unter diesem 6-Männer-Kollegium sei, wurde Imre Nagy genannt. Mein Hinweis, daß der Artikel im "SZABAD NEP" "Unsere Antwort an die Prawda", soweit ich aus der Übersetzung entnehme, doch einen Angriff auf die Sowjetunion bedeute und allen nationalistischen Tendenzen die Tür öffne, erhielt ich zur Antwort, dass das bei den jetzigen Umständen wohl notwendig sei. Meine Frage, ob die Genossen der Gewerkschaft sich von einer solchen schwankenden opportunistischen Politik Erfolg versprechen, wurde immer wieder mit dem Hinweis auf das Komplizierte der ganzen Lage beantwortet. "Es sei alles sehr gefährlich und wir wissen nicht, was morgen ist."

Meine Meinung, daß in dieser Lage doch nur eine straffe energische Parteiführung das Vertrauen der Arbeiter gewinnen könne, wurde zwar als richtig bezeichnet, aber "wo soll man eine solche Führung hernehmen."

Am Dienstag, 30.10., 11.00 Uhr vormittags wurden ca. 600 Tschechen, Polen und Deutsche mit einem Dampfer in die CSR gebracht. Bis zum Zeitpunkt der Abfahrt wurde mir noch bekannt, dass eine Vereinbarung zwischen Regierung und Sowjettruppen betreffend die Räumung Budapests getroffen worden sei. Daraus schloss der Dr. Jokai, Vize-Präsident der Gewerkschaft der Staatsangestellten, dass wohl am nächsten Tage alles wieder laufen würde, dass es aber noch sehr schwer in der nächsten Zeit sein werde. Damit meinte er die Auseinandersetzungen in der Partei und mit der Arbeiterschaft. Auf meine Frage, ob es nicht richtiger sei, sich erstmal mit den doch zweifellos vorhandenen reaktionären Elementen, die doch in Westungarn nach Meldungen ausländischer Sender sehr stark seien, auseinanderzusetzen, wurde mir erklärt, dass im Lande völlige Ruhe herrsche.

Es fehlt eine starke Führung in der Partei und eine politisch richtige Führung der Arbeiterklasse durch die Partei. Es fehlen gute erfahrene Genossen.

Auf der Rückfahrt versuchte ich in Prag am Mittwoch, dem 31.10., die Kollegen Saillant oder Grassi vom WGB zu erreichen. Das war leider nicht möglich. Eine Rücksprache mit dem Vertreter des FDGB beim WGB, dem Genossen Gross, ergab, dass der WGB laufend Verbindungen mit Budapest habe. Mein Vorschlag, dorthin unbedingt einen erfahrenen Gewerkschafter, der die ungarischen Verhältnisse kennt, ungarisch spricht und illegal arbeiten kann, zu entsenden, wurde vom Genossen Gross begrüßt. Er wollte ihn an Saillant übermitteln.

In einer Aussprache mit unserem Botschafter in Prag, Genossen Koenen, haben wir ihn über unsere Erfahrungen informiert, die er aus Informationen, die er hatte, bestätigte.

